Die falsche Debatte

Warum die Diskussion über die abgeschnittene Ecke auf dem Stimmzettel von wichtigeren Fragen ablenkt

Eine kleine Kerbe mit grosser Wirkung

Kaum ein Detail eines Schweizer Stimmzettels hat in den vergangenen Jahren so viele Spekulationen ausgelöst wie **die kleine fehlende Ecke**. Regelmässig tauchen in sozialen Medien Fotos von Abstimmungsunterlagen auf, begleitet von der Frage, weshalb ein amtliches Dokument überhaupt unvollständig aussehen dürfe. Die Reaktionen folgen meist einem vertrauten Muster: Während die einen darin sofort einen Hinweis auf Manipulationen erkennen wollen, erklären die anderen die Angelegenheit mit einem spöttischen Verweis auf die Barrierefreiheit für erledigt.

Dabei wird oft an der interessanteren Frage vorbeidiskutiert.

Die offizielle Erklärung

Die abgeschnittene Ecke dient als Orientierungshilfe für blinde und sehbehinderte Stimmberechtigte. Sie ermöglicht das korrekte Einlegen des Stimmzettels in eine spezielle Abstimmungsschablone, mit deren Hilfe die betreffende Person ihre Stimme selbstständig und ohne Unterstützung Dritter abgeben kann. Die Bundeskanzlei hat dieses System öffentlich vorgestellt und begründet.

Wer deshalb behauptet, die abgeschnittene Ecke sei für sich allein ein Beweis für Wahlmanipulationen, bewegt sich auf unsicherem Terrain. Für eine solche Behauptung existieren keine belastbaren Belege.

Interessant wird die Sache an einem anderen Punkt. Bei Reisepässen und zahlreichen anderen amtlichen Dokumenten werden sichtbare Veränderungen wie Lochungen, Stanzungen oder abgeschnittene Dokumententeile häufig mit einer Entwertung oder Ungültigkeit in Verbindung gebracht. Umso überraschender wirkt auf viele Bürger die Tatsache, dass eine fehlende Ecke auf einem Stimmzettel ausdrücklich Teil seiner gültigen Gestaltung ist.

Diese Irritation ist nachvollziehbar. Sichtbare Veränderungen an amtlichen Dokumenten werden im Alltag oft als Kennzeichen einer Entwertung

wahrgenommen.

Tatsächlich existiert keine allgemeine Rechtsregel, wonach eine Lochung oder eine abgeschnittene Ecke automatisch die Ungültigkeit eines Dokuments bedeuten würde. So schreibt Art. 25 Abs. 1 der Verordnung über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige (VAwG; SR 143.11) lediglich vor, dass alte Ausweise «unbrauchbar» zu machen sind. Wie dies konkret erfolgt, etwa durch Lochung, Stanzung oder andere Verfahren, legt das Gesetz nicht fest. Die konkrete Ausgestaltung ergibt sich vielmehr aus der Verwaltungspraxis.

> Die fehlende Ecke auf dem Stimmzettel ist daher rechtlich nicht mit einer Entwertung vergleichbar, sondern Bestandteil eines offiziell vorgesehenen Systems zur barrierefreien Stimmabgabe.

Die perfekte Ablenkung

Bemerkenswert ist allerdings, wie stark sich die öffentliche Debatte auf dieses Detail konzentriert. Während über eine Kartonecke diskutiert wird, geraten die Fragen in den Hintergrund, die für die Integrität demokratischer Prozesse tatsächlich von Bedeutung sind.

Die Nachvollziehbarkeit der Auszählung, die Transparenz der Verfahren, die Kontrolle der Briefabstimmungen, die Aufbewahrung der Unterlagen, die Dokumentation von Unregelmässigkeiten und die Möglichkeiten unabhängiger Überprüfungen verdienen erheblich mehr Aufmerksamkeit als die Form eines Papierrandes. Gerade in einer direkten Demokratie sollte das Interesse an solchen Fragen selbstverständlich sein.

Von Berlin bis Bern: Wenn Vertrauen zur politischen Aufgabe wird

Die Diskussion über die abgeschnittene Ecke mag weit entfernt von aktuellen Debatten über Desinformation erscheinen. Bei genauerem Hinsehen berühren beide Themen jedoch dieselbe Grundfrage: Wie geht ein demokratischer Staat mit Zweifeln seiner Bürger um?

In Deutschland sorgt derzeit ein Papier der dpa zum sogenannten «Prebunking» für Aufmerksamkeit. Die Idee dahinter: Menschen sollen bereits im Voraus gegen

mögliche Falschinformationen sensibilisiert werden, bevor diese überhaupt auf sie treffen. Die Autoren vergleichen diesen Ansatz ausdrücklich mit einer Impfung.

Niemand hat ein Interesse daran, dass bewusst verbreitete Falschinformationen Wahlen oder Abstimmungen beeinflussen. Gleichzeitig wirft dieser Ansatz Fragen auf. Auffällig ist, dass sich ein erheblicher Teil der Überlegungen nicht mit der Überprüfung möglicher Probleme beschäftigt, sondern mit der Frage, wie Vertrauen erhalten oder wiederhergestellt werden kann.

Im Zentrum steht dabei weniger die Untersuchung konkreter Vorwürfe als die kommunikative Vorbereitung der Bevölkerung auf mögliche Zweifel und Kritik. Bürger sollen bestimmte Narrative frühzeitig erkennen und ihnen mit Skepsis begegnen, noch bevor sie ihnen tatsächlich begegnen.

Hier beginnt aber erst die Diskussion. Kritiker fragen, ob damit nicht die Gefahr entsteht, dass berechtigte Fragen und unbegründete Behauptungen gedanklich in dieselbe Schublade geraten. Wer bereits im Voraus darauf vorbereitet wird, bestimmte Zweifel als typische Desinformation zu erkennen, wird möglicherweise auch dann skeptisch reagieren, wenn sich hinter einer Frage ein reales Problem verbirgt.

Misstrauen erscheint dabei zunehmend nicht als möglicher Ausgangspunkt legitimer Bürgerfragen, sondern als Risiko, das kommunikativ bearbeitet werden muss.

> Damit stellt sich eine einfache Frage: Soll eine Demokratie kritische Fragen prüfen oder soll sie verhindern, dass diese Fragen überhaupt gestellt werden?

Natürlich muss sich eine Demokratie gegen bewusst verbreitete Falschinformationen schützen. Sie sollte jedoch aufpassen, dass dabei nicht der Eindruck entsteht, bereits die Frage selbst sei das Problem. Denn eine freie Gesellschaft lebt davon, dass Bürger Zweifel äussern, Auffälligkeiten ansprechen und offizielle Darstellungen hinterfragen dürfen. **Nicht jede Frage ist berechtigt. Aber jede berechtigte Frage beginnt damit, dass jemand sie stellt.**

Der schmale Grat zwischen Aufklärung und Vertrauensmanagement

Eine Demokratie benötigt Schutz vor erfundenen Behauptungen und haltlosen Betrugsvorwürfen. Sie benötigt aber ebenso Bürger, die bereit sind, Fragen zu stellen und offizielle Darstellungen kritisch zu hinterfragen. Problematisch wird es, wenn die Verhinderung von Misstrauen wichtiger erscheint als die sorgfältige Prüfung seiner Ursachen.

Denn dieselbe Frage kann sowohl von einem schlecht informierten Bürger als auch von einem aufmerksamen Beobachter gestellt werden. Die Frage allein verrät noch nicht, ob sie berechtigt oder unbegründet ist. Deshalb sollten in einer offenen Gesellschaft nicht die Fragen im Mittelpunkt stehen, sondern die Qualität der Antworten und die Nachprüfbarkeit der Fakten.

Der Fall BSW zeigt das Dilemma

Ein aktuelles Beispiel liefert das Bündnis Sahra Wagenknecht nach der deutschen Bundestagswahl 2025. Die Partei machte auf mögliche Auszählungsfehler aufmerksam und nutzte die vorgesehenen Rechtsmittel. Ob die Vorwürfe berechtigt sind oder nicht, müssen die zuständigen Institutionen klären.

Entscheidend ist etwas anderes: Die Inanspruchnahme eines gesetzlich vorgesehenen Rechtswegs stellt keinen Angriff auf die Demokratie dar. Sie ist Teil der Demokratie.

Hier zeigt sich die Schwierigkeit vieler Prebunking-Ansätze. Dieselben Fragen, die von den einen als berechtigte Forderung nach Überprüfung verstanden werden, können von anderen bereits als problematische Narrative eingeordnet werden.

Das Problem dabei:

> Ob eine Frage berechtigt ist oder nicht, zeigt sich oft erst bei ihrer Überprüfung. Wer bestimmte Fragen von vornherein in die Schublade «Desinformation» steckt, riskiert, echte Probleme zu übersehen.

Schliesslich wurden Missstände noch nie dadurch entdeckt, dass niemand Fragen gestellt hat.

Was schafft Vertrauen wirklich?

Viele Konzepte zur Bekämpfung von Desinformation beschäftigen sich intensiv damit, wie Vertrauen geschützt werden kann. Wesentlich seltener wird diskutiert, wie berechtigte Zweifel möglichst transparent und nachvollziehbar überprüft werden können.

Soll das Ziel demokratischer Institutionen darin bestehen, möglichst viel Vertrauen zu erzeugen? Oder sollte das Ziel darin bestehen, möglichst viel Nachprüfbarkeit zu schaffen?

Langfristig entsteht Vertrauen nicht durch Kommunikationsstrategien, sondern durch überprüfbare Verfahren.

Nicht die Ecke ist das Thema

Die Debatte über die abgeschnittene Ecke eines Stimmzettels und die Diskussion über Prebunking kreisen letztlich um dieselbe Frage: Wie viel Zweifel verträgt eine Demokratie?

Wer jede kritische Frage sofort als Angriff auf demokratische Institutionen betrachtet, unterschätzt die Bedeutung des freien Denkens. Wer umgekehrt hinter jeder Unregelmässigkeit sofort eine Verschwörung vermutet, untergräbt das Vertrauen in demokratische Verfahren.

Der Ausweg liegt weder in blindem Vertrauen noch in pauschalem Misstrauen. Demokratische Institutionen sollten Zweifel nicht verhindern, sondern durch Transparenz und Nachprüfbarkeit beantworten.

Vertrauen entsteht nicht dadurch, dass Bürger auf Fragen verzichten. Vertrauen entsteht dadurch, dass Verfahren transparent, nachvollziehbar und überprüfbar gestaltet werden.

Wer von der Bevölkerung Vertrauen erwartet, sollte deshalb keine Angst vor Transparenz haben. Eine robuste Demokratie muss kritische Fragen nicht fürchten, weil sie ihre Antworten offen auf den Tisch legen kann.

Die abgeschnittene Ecke ist am Ende tatsächlich nichts weiter als eine praktische Orientierungshilfe für sehbehinderte Stimmberechtigte. Die Diskussion darüber

zeigt jedoch, wie leicht sich öffentliche Debatten an einer Papierecke festbeissen können, während die wichtigeren Fragen aus dem Blick geraten: Sind die Verfahren transparent? Sind sie überprüfbar? Und werden Zweifel ernsthaft geprüft?

Damit soll keineswegs behauptet werden, Manipulationen oder Fehler bei Abstimmungen seien in der Schweiz grundsätzlich unmöglich. Wo Menschen arbeiten, können Fehler entstehen. Und wo politische Macht, Interessen und Verfahren zusammentreffen, sind kritische Fragen legitim.

Für die These, die abgeschnittene Ecke sei ein Hinweis auf Manipulationen, gibt es allerdings wenig Anhaltspunkte. Die offiziell dokumentierte Funktion als Orientierungshilfe für sehbehinderte Stimmberechtigte liefert eine schlüssige Erklärung.

Die Ecke ist daher nicht das Problem. Das Problem beginnt dort, wo Fragen entweder reflexartig lächerlich gemacht oder vorschnell mit grossen Theorien beantwortet werden.

Wer Unplausibilitäten entdeckt, sollte ihnen nachgehen. Wer einen Verdacht äussert, sollte ihn belegen können. Und wer eine offizielle Erklärung präsentiert, sollte bereit sein, sie transparent überprüfen zu lassen.

Eine funktionierende Demokratie braucht weder Denkverbote noch Glaubenssätze. Sie braucht Menschen, die genau hinschauen, und Institutionen, die bereit sind, sich in die Karten schauen zu lassen. Nicht die Lautstärke einer Behauptung, sondern die Qualität der Belege sollte darüber entscheiden, was Bestand hat.